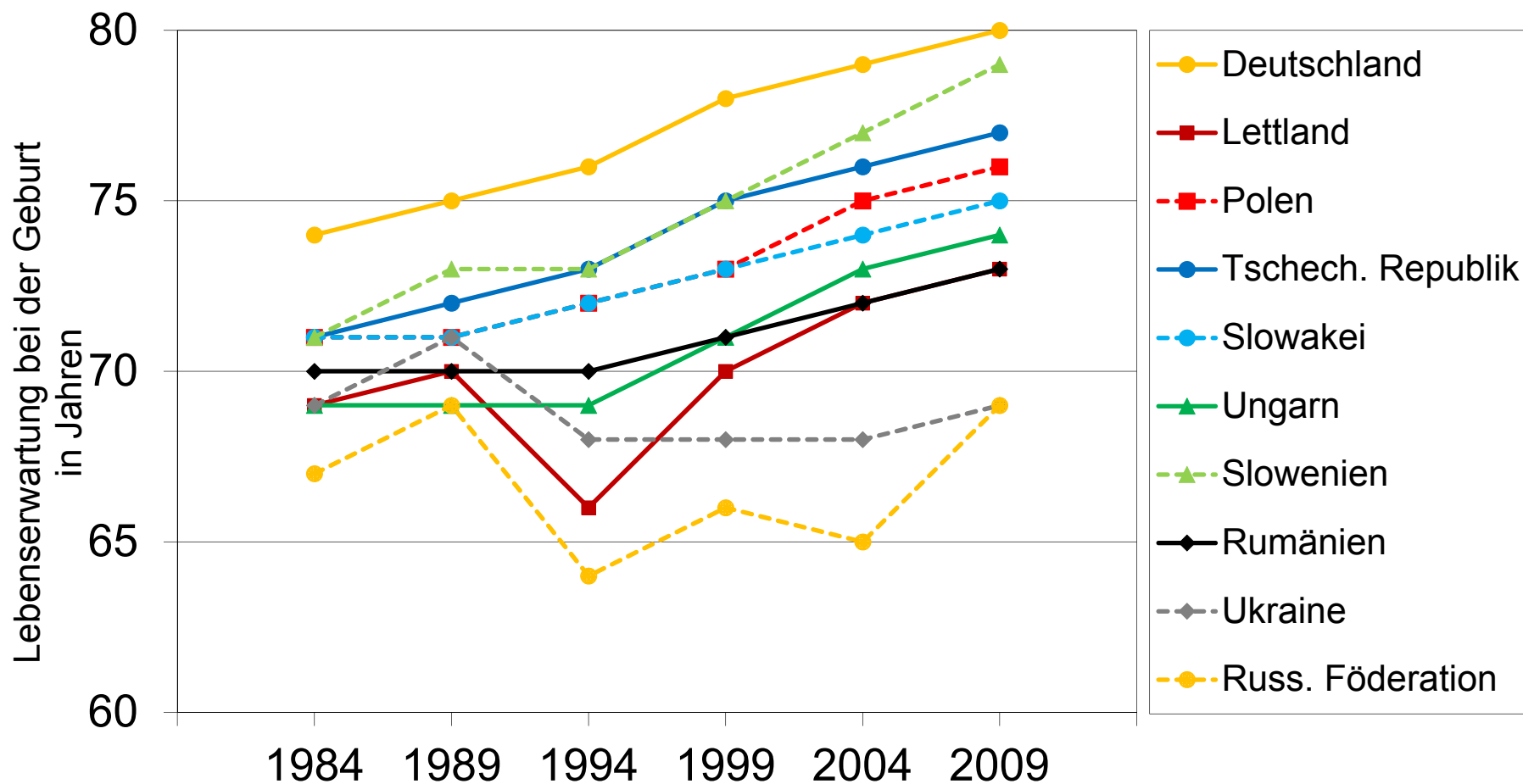


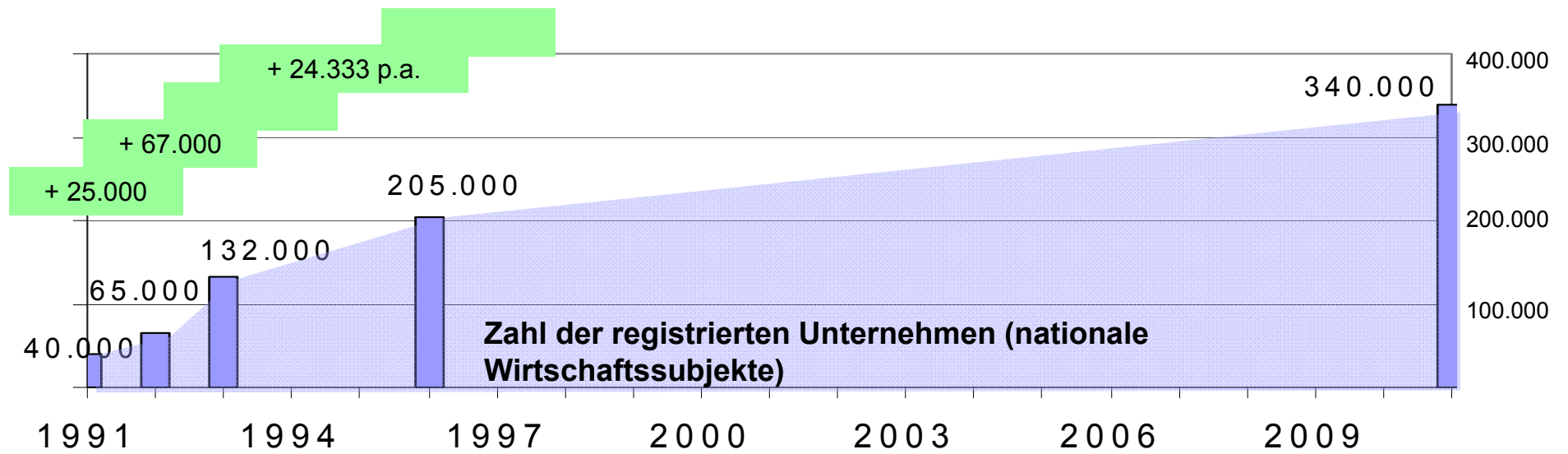
# Osteuropa nach dem Boom: Die „Middle Income Trap“ und das Ende der Konvergenz?

Univ.-Prof. Dr. Philipp Ther

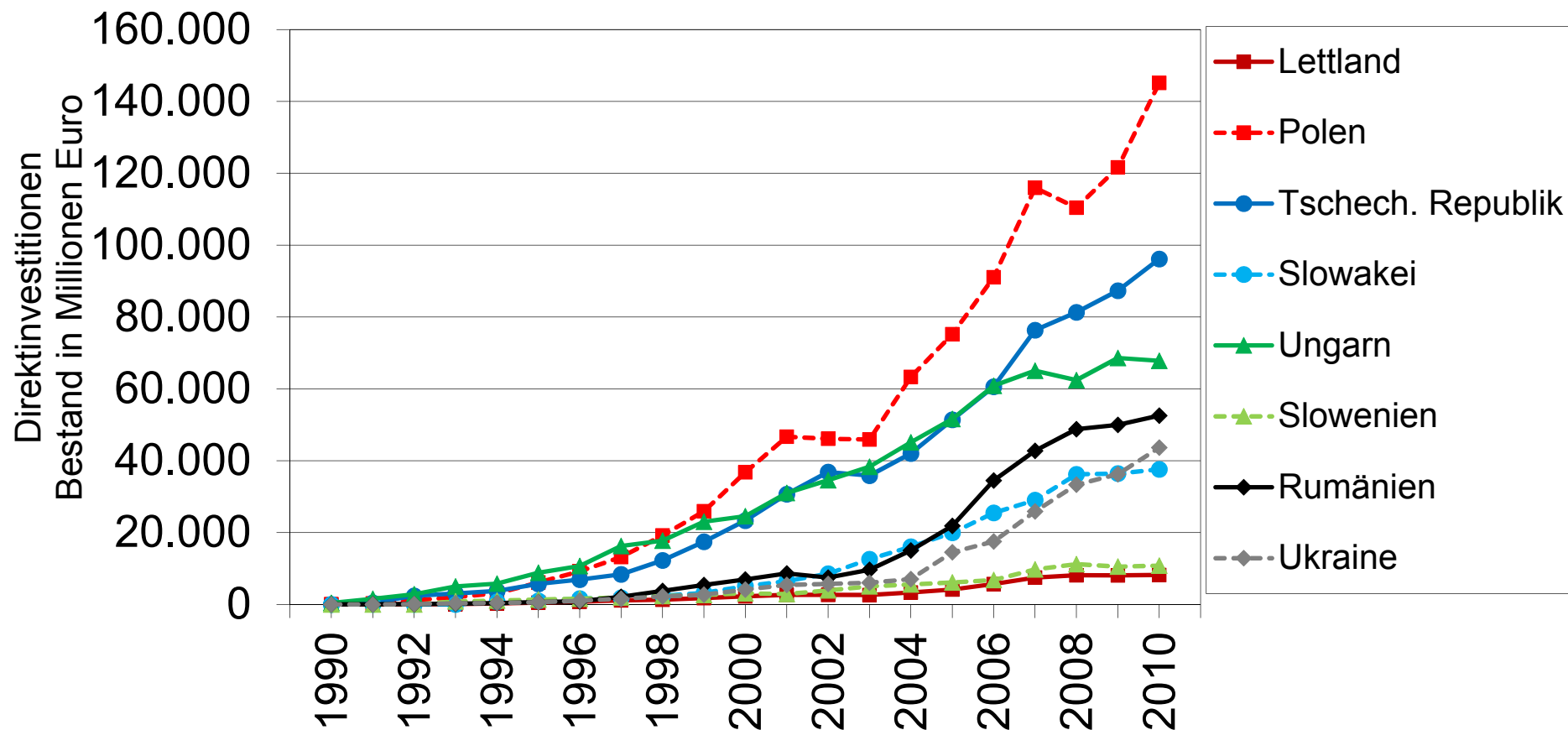
# Lebenserwartung in den Transformationsstaaten 1984-2009



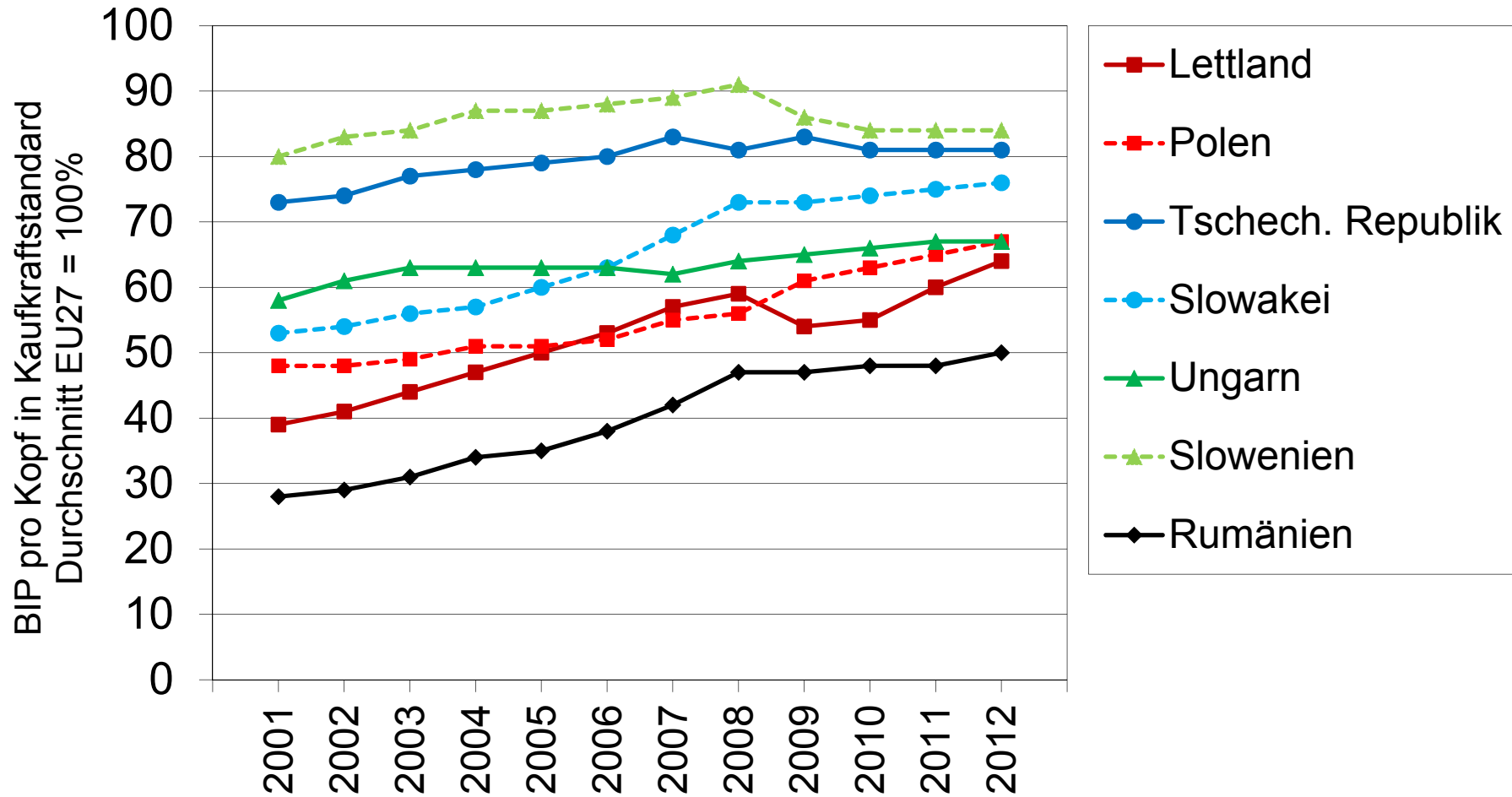
# Der Unternehmerboom in Warschau 1991-2011



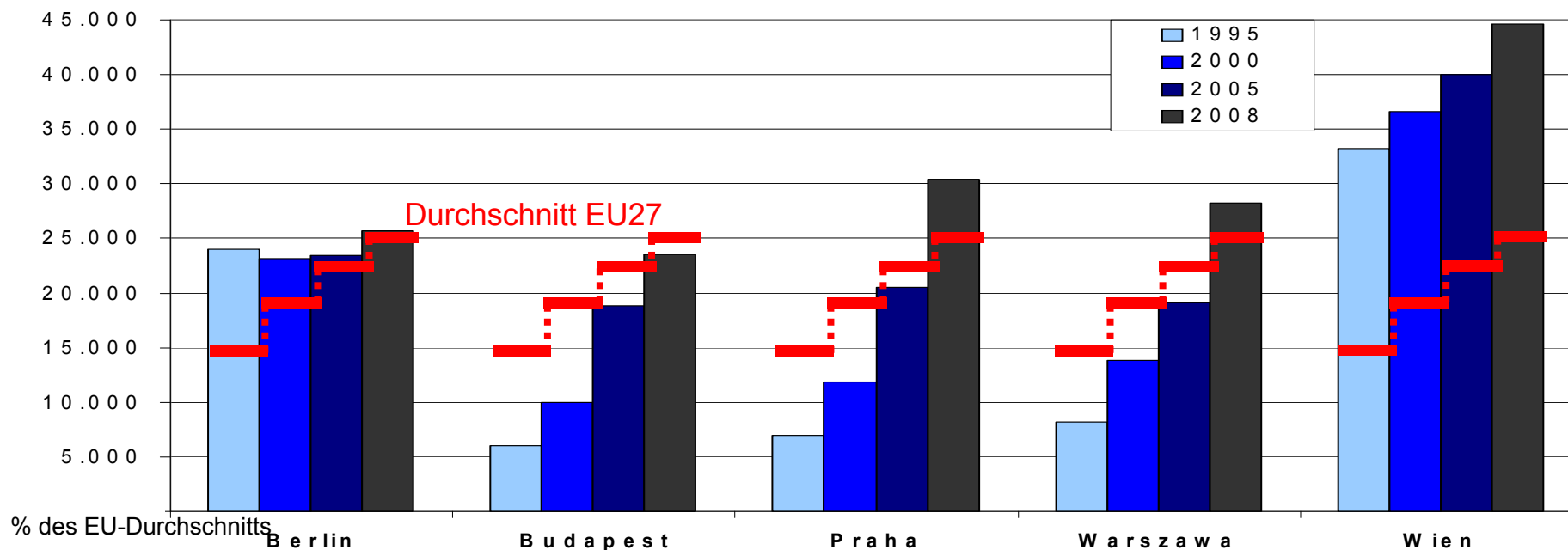
# Direktinvestitionen in den Transformationsstaaten 1990-2010



# Aufholprozess der Transformationsstaaten 2001-2012

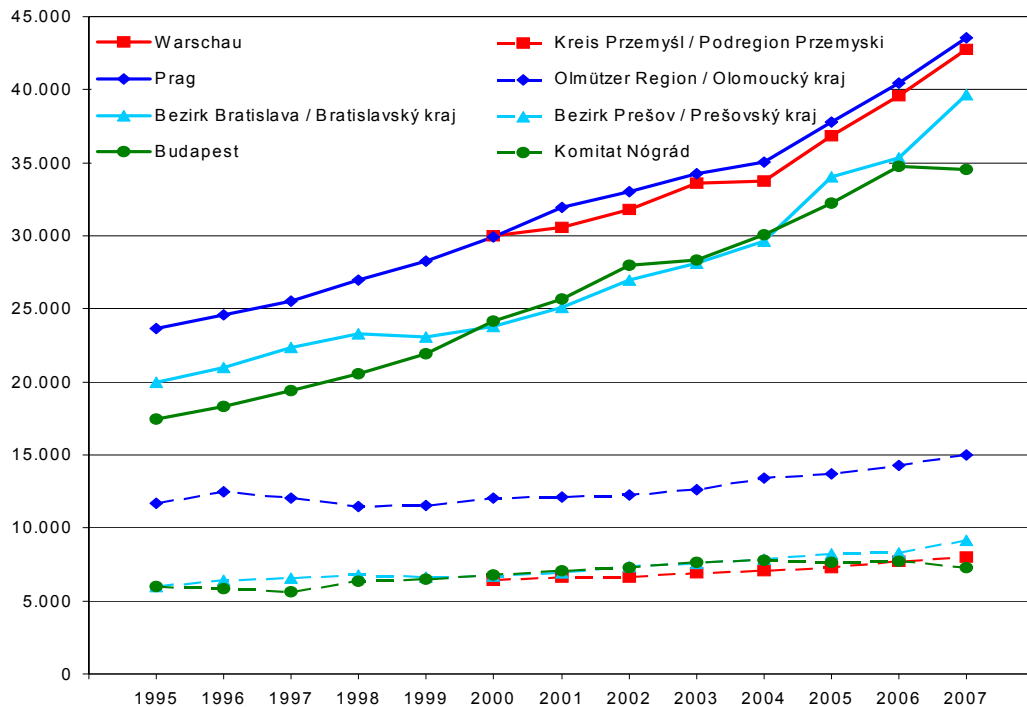


### Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 1995-2008 in Euro (1995: Ecu)



	Berlin	Budapest	Praha	Warszawa	Wien
1995	163 %	41 %	48 %	56 %	226 %
2000	121 %	52 %	62 %	72 %	192 %
2005	104 %	84 %	91 %	85 %	178 %
2008	102 %	94 %	121 %	112 %	178 %

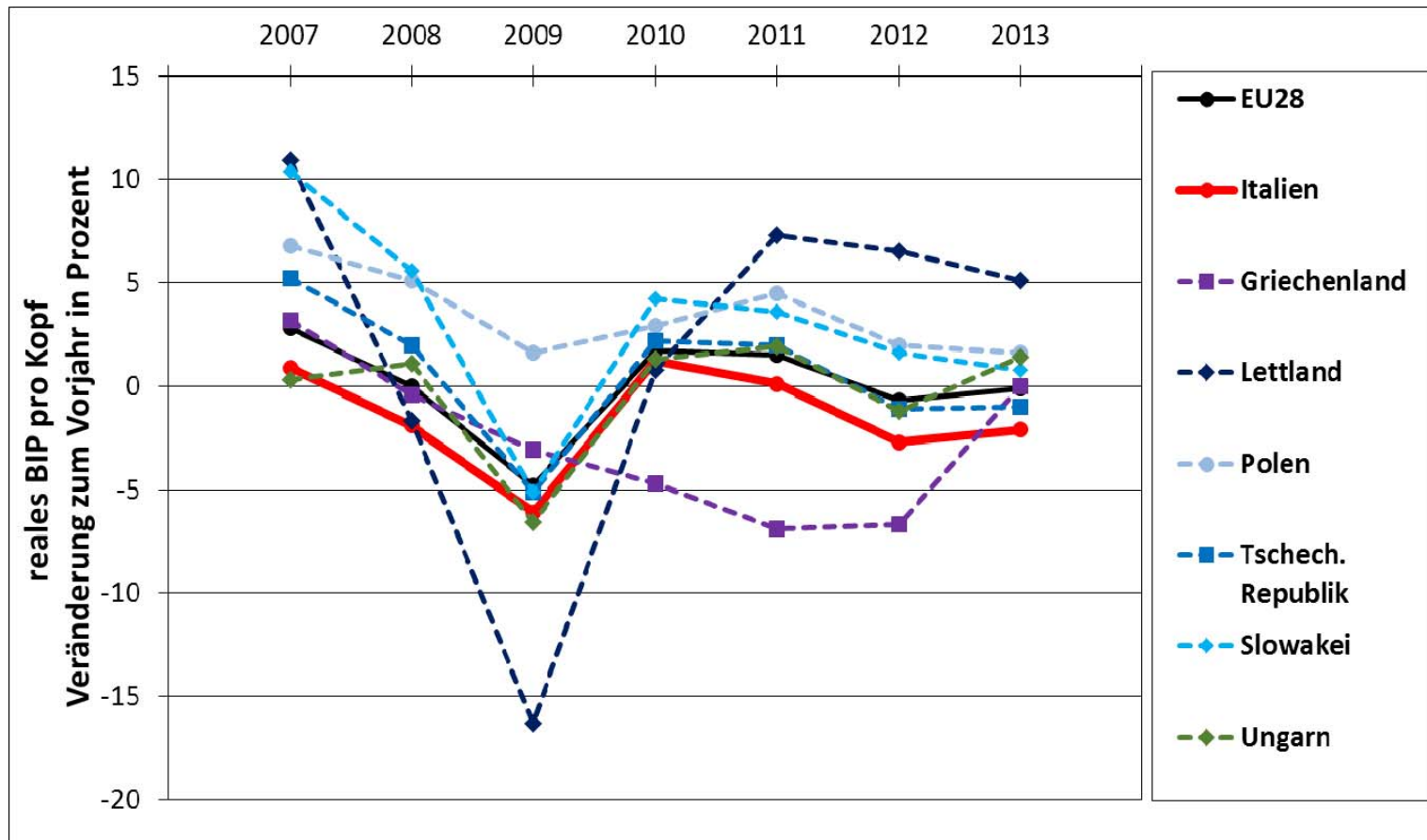
# Regionale Divergenzen in Ostmitteleuropa



BIP pro Kopf in US-Dollar,  
konstante Kaufkraftparitäten,  
zu Preisen des Jahres 2000



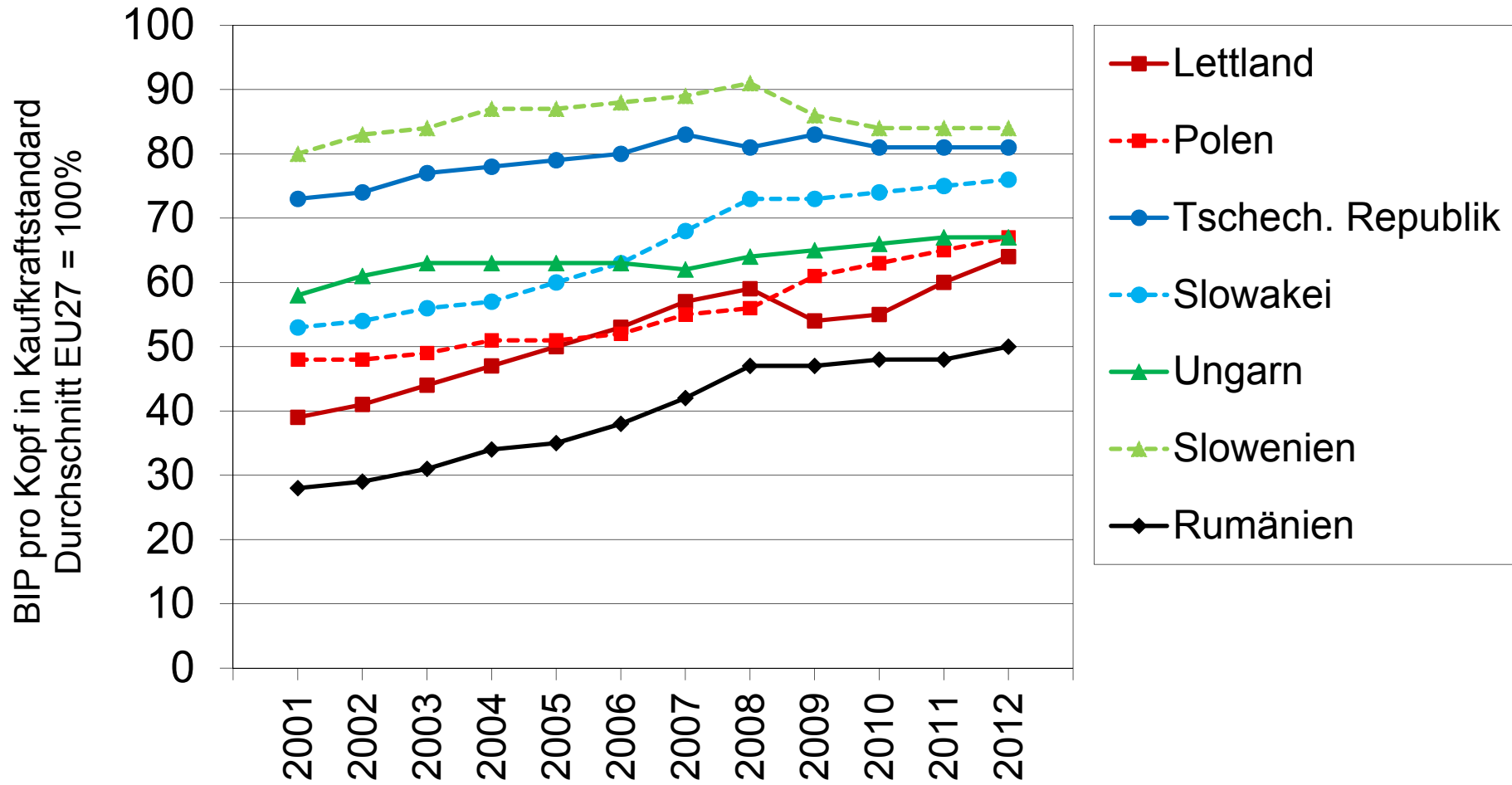
# Krise und Wirtschaftswachstum in Ostmittel- und Südeuropa 2007-2013



Quelle: Eurostat - Regionalstatistik (Tabelle tsdec100)



# Aufholprozess der Transformationsstaaten 2001-2012



Univ.-Prof. Dr. Philipp Ther, Universität Wien

Vortrag auf dem Investmentforum der Spängler IQAM Invest GmbH

## **Osteuropa nach dem Boom. Die Middle Income Trap und das Ende der Konvergenz**

### **Zusammenfassung**

Der Vortrag befasst sich zunächst mit dem Verlauf der Transformation und ihren sehr unterschiedlichen Resultaten. Während die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in den 1990er Jahren eine ökonomische Depression durchmachten, begann in Ostmitteleuropa ein lang anhaltender Aufschwung, der zu einer Konvergenz mit dem Westen führte. Anschließend werden die Gründe für das Ende des Osteuropa-Booms im Jahr 2009 erläutert. Ferner geht es um strukturelle Probleme wie die Middle Income Trap, die soziale und regionale Ungleichheit und sich daraus ergebende politische Risiken.

### **Der Aufschwung nach 1989**

Häufig wird die postkommunistische Welt als eine Einheit betrachtet, aber die drei Makroregionen Ostmitteleuropa, Südosteuropa und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich seit 1989 sehr unterschiedlich entwickelt. In Ostmitteleuropa – damit meine ich die Vysegrad-Staaten und die ehemalige DDR – entstand ein überwiegend mittelständischer Kapitalismus mit einer demokratischen und rechtsstaatlichen Fundierung. Bitte erschrecken Sie jetzt nicht, wenn ich Kapitalismus sage, ähnlich wie in meinem Buch über den Neoliberalismus verwende ich beide Begriffe wertneutral und nicht polemisch.<sup>1</sup> In der Ukraine und Russland entwickelte sich eine wirtschaftliche und politische Oligarchie, aus der wiederum der autoritäre Staatskapitalismus unter Vladimir Putin hervorging.

Man kann diese unterschiedlichen Entwicklungen unter anderem an der Lebenserwartung ablesen, ein scheinbar simpler, aber eigentlich sehr komplexer Indikator. Auf der folgenden Power-Point-Datei sehen Sie, wie sich die Lebenserwartung in den Vysegrad-Staaten nach 89 rasch nach oben bewegte.

Power-Point 2

Dagegen sank die Lebenserwartung in Russland auf den Wert von Entwicklungsländern. Das hat sich unter Putins Herrschaft nur bedingt gebessert.

Wie kann man erklären, dass die Transformation so unterschiedliche Resultate hatte, bei einer scheinbar so ähnlichen Ausgangsbasis, der kommunistischen Planwirtschaft? Oft wird zur Erklärung die jeweilige Reformpolitik herangezogen, so zum Beispiel der Balcerowicz-Plan in Polen. Aber der wirtschaftliche Erfolg der Transformationsstaaten wurde auch durch zwei weitere Faktoren bestimmt: die geographische Lage und das Timing der Reformen. Erst zur Geographie: Die Nähe zu den westlichen Exportmärkten erleichterte es den Vysegrad-Staaten und Slowenien, westliche Investoren anzuziehen. Der Faktor der Geographie wirkte aber schon vor 1989. Sie kennen vielleicht den Wiener Schmach über die Magyarhilferstraße, die so benannt wurde, weil schon in den 1980er Jahren so viele ungarische Touristen bzw. Magyaren – so heißen die Ungarn in der eigenen Sprache – zum Einkaufen kamen.

Auch die Polen lernten schon vor 1989, wie man Kleinhandel betreibt und unternehmerische Nischen nutzt. Millionen von Ostmitteleuropäern dachten und lebten schon marktwirtschaftlich, bevor die Marktwirtschaft zu ihnen kam. So kann man erklären, warum bis 1994 in den Vysegrad-Staaten etwa vier Millionen Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit wagten. Die Transformation kam also nicht nur von oben, durch die jeweilige Reformpolitik, sondern auch von unten, aus der Gesellschaft heraus. Hierzu ein lokales Beispiel, der Unternehmerboom in der polnischen Hauptstadt Warschau.

### Power Point 3

Dieses Humankapital fehlte in Russland und in einem Großteil der Ukraine, in der ehemaligen DDR wurde es durch den deutschen Sonderweg der Transformation geschwächt. In der ehemaligen Sowjetunion lag dies neben der Abgeschlossenheit nach außen daran, dass die Kommunisten in den meisten Gebieten (aber nicht im Baltikum und der Westukraine) drei und nicht nur zwei Generationen lang geherrscht hatten [Verweis Familientradition]. Daher würde ich als Investor immer auf das Humankapital achten, das aber nicht so eindeutig messbar ist wie das BIP oder andere makroökonomische Daten. Das Humankapital ist übrigens einer der Gründe, warum Polen sogar die Krise von 2009 ohne Rezession überstand – darauf kann ich in der Diskussion gern näher eingehen.

Nun zum zweiten Faktor, dem Timing: Jene Länder, die bereits 1989/90 durchgreifende Reformen verabschiedeten, konnten vor allem im Produktionssektor Investitionen anziehen.

Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei profitierten am meisten von Betriebsverlagerungen. Hier sehen Sie die Foreign Direct Investments, abgekürzt FDI, im Überblick.

#### Power Point 4

Die FDI, das erwähnte Humankapital und die allgemeine Aufbruchsstimmung der 90er Jahre trugen maßgeblich dazu bei, dass die neuen EU-Mitgliedsstaaten zum Westen aufholten. Besonders ausgeprägt war der Aufholprozess in Polen, dort betrug das kaufkraftbereinigte BIP 1990 etwa ein Drittel des EG-Durchschnitts, beim EU-Beitritt die Hälfte, 2012 schon zwei Drittel. Auf der nächsten Folie sehen Sie auch die Daten der anderen neuen EU-Mitgliedsstaaten.

#### Power Point 5

Die Tendenz zur Konvergenz war bis 2007 eindeutig, wobei es offenbar sehr schwer fällt, eine Schwelle von 85 Prozent zu überschreiten. Noch klarer erkennbar ist die Konvergenz, wenn wir die Wachstumsregionen und vor allem die Hauptstädte der neuen EU-Mitgliedsstaaten betrachten. Prag, Warschau und Bratislava erreichten schon zwei, drei Jahre nach dem Beitritt das durchschnittliche BIP der EU, holten bald darauf die deutsche Hauptstadt Berlin ein und sind jetzt bereits Wien auf den Fersen.

#### Power Point 6

Aber: Das Wachstum und der Wohlstand sind sehr ungleich verteilt. Das betrifft zum einen die gesellschaftlichen Schichten: Reformgewinner stehen einer großen Zahl an Reformverlierern gegenüber. Zum anderen betrifft es die regionale Verteilung des Wohlstands. Bei den internationalen Wirtschaftsagenturen oder im *Economist* kursieren meist nur Daten für gesamte Länder. Doch man muss diese nationalökonomischen Daten auf eine regionale Ebene herunterbrechen, um die wirtschaftliche Lage, die Chancen und Risiken im östlichen Europa näher zu bewerten. Auf der nächsten Folie sehen Sie den riesigen Abstand zwischen den jeweiligen Hauptstädten und ländlichen Gebieten.

#### Power Point 7

Das BIP liegt in den Hauptstädten vier bis fünf Mal so hoch wie in den östlichen Regionen der Vysegrad Staaten. Entsprechend unterschiedlich sind die Preise und vor allem die Löhne, die oft weniger als ein Drittel im Vergleich zu den Hauptstädten betragen. Es kann sich daher durchaus noch lohnen, Produktionsprozesse oder Dienstleistungen zu verlagern, aber man muss wissen, wohin.

### **Die Osteuropa-Blase und ihre politischen Folgen**

In den Nullerjahren erreichten auch Russland, die Ukraine, Rumänien und Bulgarien beeindruckende Wachstumszahlen und zogen mehr Foreign Direct Investments an. Man muss aber erneut die gängigen Statistiken hinterfragen und verschiedene Arten von FDI differenzieren. Während die Investments in den Vysegrad-Staaten vor allem dem Produktionssektor zugutekamen – man kann hier von einer Re-Industrialisierung sprechen – flossen die FDI in Russland, der Ukraine und in Südosteuropa überwiegend in den Finanz- und Immobiliensektor. Daraus entstand zwar ein hohes, aber kein nachhaltiges Wachstum. Man kann das unter anderem anhand der Leistungsbilanzdefizite erkennen, die zum Beispiel in Lettland in den zwei Jahren vor der Weltwirtschaftskrise von 2008/09 mehr als 20 Prozent betragen. Ein weiteres Problem waren die Fremdwährungskredite, die in etlichen Ländern mehr als 50 Prozent der gesamten Kreditvergabe ausmachten.

Durch zu hohe Gewinnerwartungen und Investments entstand eine mit dem amerikanischen Immobiliensektor vergleichbare Blase – eine Osteuropa-Blase – die dann infolge der globalen Finanzkrise von 2008/09 platzte. Mit der Ausnahme Polens stürzten alle postkommunistischen Länder in eine tiefe Rezession, im Baltikum und der Ukraine betrug das Minuswachstum sogar mehr als 15 Prozent.

#### Power Point 8

Die Krise konnte in Lettland, Rumänien, der Ukraine und Ungarn nur durch Rettungspakete des Internationalen Währungsfonds eingedämmt werden. Der Preis dafür waren weitere soziale Einschnitte und ein demographischer Substanzverlust. Lettland, Litauen und Rumänien erreichten ab 2010/11 zwar wieder ein nominelles Wirtschaftswachstum, verloren

aber bis zu 10 Prozent ihrer Bevölkerung durch Arbeitsmigration. Dieser Verlust an Humankapital wird das Wachstum langfristig schwächen.

Eine zweite Folge der Krise war die generelle Delegitimierung der westlichen Ordnung. Viktor Orban verdankt seine Macht nicht zuletzt der Kritik an den westlichen Banken, die so leichtfertig Fremdwährungskredite vergeben hatten (Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen später eine Fernsehwerbung der Raiffeisenbank als Beispiel zeigen). Orban wetterte gegen die internationalen Konzerne, kündigte an, dass die Gewinne zukünftig in Ungarn bleiben sollten und versprach, die ungarische Mittelklasse von untragbaren Schuldenlasten zu retten. Diese wirtschaftsnationalistischen Argumente bescherten Orban mehrere hohe Wahlsiege, schwächten aber zugleich den Rechtsstaat.

Polen droht seit dem Wahlsieg der nationalkonservativen PiS (die Abkürzung steht für »Prawo i Sprawiedliwość« bzw. »Recht und Gerechtigkeit«) in eine ähnliche Richtung abzugleiten. Die Entmachtung des Verfassungsgerichts legt die Axt an den Rechtsstaat, das können im Konfliktfall auch Investoren zu spüren bekommen.

Das Problem an diesen autoritären Tendenzen ist außerdem, dass sie zu mehr Korruption führen. Das zeigen die Beispiele Russlands, Kasachstans, Chinas und leider auch Ungarns. Im autoritären Staatskapitalismus sind jegliche Investitionen, die an der Machtbasis der regierenden Oligarchie kratzen könnten, von politischer Zustimmung abhängig. Das heißt, dass Investoren gegebenenfalls dort den Hebel ansetzen oder sogar für politische Vermittlung bezahlen müssen. Diese Zahlungen können nicht öffentlich gemacht werden, weil die Vermittlungsleistung kaum in Geldwerten messbar ist und sonst zu viele Neider im Herrschaftsapparat aktiv werden. Daher ist die Korruption gewissermaßen systembedingt.

Wer dieses System nicht genau durchschaut, riskiert hohe Verluste, wie zum Beispiel die Unicredit in Kasachstan. Gegen die Korruption und die Kleptokratie des Präsidentenclans richtete sich die ukrainische Revolution von 2014. Es geht daher im Konflikt um die Ukraine um eine genuine Systemkonkurrenz zwischen unserem Wirtschafts- und Politikmodell und dem autoritären Staatskapitalismus russischer Prägung. Wenn Sie möchten kann ich in der Diskussion gern näher auf die Ukraine eingehen – trotz aller Probleme ist es ein Land mit Zukunftsperspektiven.

## Die Middle Income Trap

Der eingangs beschriebene Boom in Ostmitteleuropa beruhte auch auf sehr niedrigen Lohnkosten. Im Jahr 1990 betrug das monatliche Durchschnittsentgelt in Polen umgerechnet 98 Dollar (die hier zitierten Zahlen beruhen wie die meisten Angaben in meinem Buch auf den Daten des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche), das entsprach ungefähr 7 Prozent des deutschen Werts.<sup>2</sup> Das war ein starker Anreiz für westliche Investoren, zumal Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei schon bald eine EU-Beitrittsperspektive erhielten. Umgekehrt schreckt die Aussicht eines Brexit heute die Investoren, in tschechischen Medien wurde vor ein paar Wochen schon ein „Czexit“ diskutiert – sollten die Briten gehen.

Dieser Kostenvorteil war aber auf die Dauer nicht haltbar, da die Arbeitnehmer in Ostmitteleuropa ihren Anteil am wachsenden Kuchen einforderten. Auch wegen der realen Aufwertung der Ostwährungen stiegen die Durchschnittslöhne in Polen bis zum Jahr 2000 auf umgerechnet 472 Euro und bis 2010 auf 807 Euro. Für deutsche oder österreichische Verhältnisse ist das immer noch wenig, aber die Vysegrad-Staaten sind damit keine Billiglohnländer mehr. In den Ländern selbst stärkte die wachsende Kaufkraft die Binnennachfrage und den Aufschwung – bis zur erwähnten Weltwirtschaftskrise.

Auch andere wirtschaftliche Potentiale, die auf das Wohlstandgefälle zum Westen zurückgehen, sind langsam ausgereizt. Ein Beispiel dafür ist die Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern und mit Wohnraum. In Warschau, das ungefähr so viele Einwohner hat wie Wien, sind seit 2007 mehr PKW zugelassen als in der österreichischen Hauptstadt. Während sich die Warschauer am Ende des Kommunismus mit durchschnittlich 17 Quadratmeter Wohnfläche pro Kopf zufrieden geben mussten, lebten sie 2012 auf fast 28 Quadratmetern. Das liegt daran, dass seit 1990 über 250.000 Wohnungen gebaut wurden – alle im frei finanzierten Wohnungsbau.<sup>3</sup> Darüber hinaus entstanden unzählige Supermärkte und Shopping Malls. Daraus folgt, dass die Bauwirtschaft und der private Konsum nicht mehr so stark wachsen können wie früher.

In den Wirtschaftswissenschaften nennt man das auch Middle Income Trap, die sich in Slowenien und Tschechien, den am höchsten entwickelten postkommunistischen Ländern, schon länger abzeichnet. Ich zeige Ihnen daher nochmals die Powerpoint-Folie zur

Konvergenz mit der EU. Seit 2008 gab es hier bei den Vorreitern eher Rückschritte als Fortschritte, Ähnliches gilt für die ehemalige DDR.

#### Power Point 9

Was lässt sich daraus schlussfolgern: Die OECD, der IWF und andere Wirtschaftsorganisationen empfehlen mehr Research and Development, mehr Investitionen in neue Technologien. Diese bekannten Rezepte sind sicher richtig, ich bin auch überzeugt davon, dass Polen, Tschechien, die Slowakei und sogar die Ukraine mit ihrer Software-Industrie besser aufgestellt sind als die südeuropäischen Krisenländer. Aber man sollte das Humankapital auch anderweitig entwickeln, zum Beispiel durch Anreize zur Rückkehr der oft hochqualifizierten Arbeitsmigranten, durch steigende Löhne und durch die Erschließung jeweils spezifischer ökonomischer Nischen. Das heißt zugleich, dass sich die internationalen Investoren umstellen müssen und wohl nicht mehr die gleichen Gewinne erwarten können wie in der Vergangenheit. Auch die politischen Risiken sind gestiegen, in den Ländern und durch die Krise der EU, aber das liegt nicht nur an ökonomischen Grundlagen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf Ihre Fragen. Ich habe noch viele weitere Daten auf meinem Rechner, insbesondere über Deutschland, Polen und die Ukraine, wenn Sie das näher interessiert.

---

<sup>1</sup> Die Inhalte des Vortrags und sämtliche Daten beruhen auf dem Buch Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin: Suhrkamp, 2014 (2016 werden eine aktualisierte Auflage und bei Princeton University Press eine amerikanische Version erscheinen).

<sup>2</sup> Das monatliche Durchschnittsentgelt in der Bundesrepublik betrug 1990 3.495 Mark bzw. umgerechnet 1.787 Euro, das polnische Durchschnittseinkommen von 1.030.000 (alten) Złotys entsprach nach heutigen Wechselkursen 124,56 Euro bzw. 98 US-Dollar.

<sup>3</sup> Vgl. zu diesen Daten, die auf Angaben regionalen Statistikämter in Polen beruhen, erneut Ther, Die neue Ordnung.